BEBAUUNGSPLAN SONNENBERG
Stadt Lichtenstein / Sachsen
4. Änderung des Bebauungsplanes
Satzung gem. § 13b BauGB
TEIL A - Planzeichnung

PLANZEICHEN
gem. Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90)

PLANZEICHEN	ERKLÄRUNG	GRUNDLAGE
ART DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 2 Nr. 1, § 9 Abs. 1 nr. 1 BauGB, §§ 2 - 11 BauNVO)		
WA	ALLGEMEINES WOHNGEBIET	§ 4 BAUNVO
WA 4. Planänderung		
MAß DER BAULICHEN NUTZUNG (§ 9 Abs. 2 Nr. 1, § 9 Abs. 1 nr. 1 BauGB, §§ 16-21 BauNVO)		
0,4	GRUNDFLÄCHENZAHL (GRZ)	§ 19 BAUNVO
0,8 1,0	GESCHOSSFLÄCHENZAHL (GFZ)	§ 20 BAUNVO
II	ZAHL DER VOLLGESCHOSSE	§ 20 BAUNVO
BAUWEISE, ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE (§ 9 Abs.1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)		
O	OFFENE BAUWEISE	§ 22 BAUNVO
E	NUR EINZELHÄUSER ZULÄSSIG	§ 22 BAUNVO
	BAUGRENZE	§ 23 BAUNVO
	FIRSTRICHTUNG (VORSCHLAG)	

VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 11 und Abs. 6 BauGB)

	STRASSENVERKEHRSFLÄCHEN	§ 9 Abs. 1 nr. 11 BAUGVO
	STRASSENBEGRENZUNGSLINIE	
	VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG	
V	VERKAUFSRUHIGER BEREICH	
P	ÖFFENTLICHE PARKFLÄCHE	

4. Planänderung
Ein- bzw. Ausfahrten auf Grundstücken anderer Flächen an der Verkehrsflächen § 9 Abs. 1 Nr. 4, 11 und Abs. 6 BauGB

Entlastbereich

FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN, FÜR DIE VERWERTUNG ODER BESEITIGUNG VON ABWASSER UND FESTEN ABFALLSTOFFEN SOWIE FÜR ABLAGERUNGEN (§ 9 Abs. 2 Nr. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 12 und Abs. 6 BauGB)

	FLÄCHE FÜR VERSORGUNGSANLAGEN	
E	ELEKTRIZITÄT	

HAUPTVERSORGUNGSLEITUNGEN (§ 9 Abs. 2 Nr. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)

Trinkwasser	UNTERIRDISCH TRINKWASSER	
Gas DN 300 N	UNTERIRDISCH GLT	

PLANUNGEN, NUTZUNGSREGELUNGEN UND MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ENTWICKLUNG DER LANDSCHAFT (§ 9 Abs. 1 Nr. 15, 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

	FLÄCHE ZUR VERWIRKLICHUNG DER ÖKOLOGISCHEN MAßNAHMEN	
	GRÜNFLÄCHE (ÖFFENTLICH)	
	SPIELPLATZ	
	ANPFLANZEN VON BÄUMEN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN	§ 9 Abs. 1 nr. 25 und Abs. 6 BauGB
	ANPFLANZUNGEN: BÄUME	
	STRÄUCHER	
ERHALT:	BÄUME	
	STRÄUCHER	

FLÄCHE FÜR NEBENANLAGEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)

St	BAUGRENZE	
	STELLPLÄTZE	

SONSTIGE PLANZEICHEN

	BEREICH DER SÄCHSISCHEN GEMEINDEGRENZE DES STADTGEBIETES	§ 9 ABS. 7 BAUGB
	ELEKTRAUSTAUSCH	
	Mit Leitungsrechten zu belastende Fläche § 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB	

4. Planänderung
G1 Mit Geh-, Fahr und Leitungsrechten belasten zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)
Gehrecht zu Gunsten der Fundstücke 124/3, 124/2 und 124/6. Das Gehrecht ist erst Ende von 1.26 in vorläufig unmittelbar anliegg der Grundstücksgrenze.

ENTRAGUNGEN AUßERHALB DER PLANZEICHEN

1251/d	FLURSTÜCKSGRENZE
	BESTEHENDE FLURSTÜCKSGRENZEN
	VORGANDERT BEZEICHNEN
	vorhandene Gebäude außerhalb des Geltungsbereichs
	GEBÄUDE, DIE EINGEMESSEN SIND
	GEBÄUDE, DIE SELBST NACHGETRAGEN SIND
	VORGESCHLAGENE GRUNDSTÜCKS-GRENZEN, UNVERBINDLICH
	Geodätischer Festpunkt (Lage- und Höhenpunkt)

HINWEIS:
BILD VÖTZNER EINTRAGUNGEN DER ZUSTÄNDIGEN KATASTERAMTES ENTSPRECHEN DEN BEZIEHEN FÜR VERMESSUNGSBEZIRK OKTOBER-STÄDTER KARTEN UND PLÄNE DIN 18702

4. Planänderung

Baufenster 1-8 und 19-25		Baufenster 9-18			
WA		WA			
0,4	0,8	0,4	1,0	0,4	0,8
—	0	—	0	—	0
E		E		E	
SD, KWD	38-45°	MD	30-60°	SD / KWD	38-45°

Ist der Nutzungen	Art der zulässigen Nutzung nach § 4 BauNVO
WA	Allgemeines Wohngebiet
SD	Satteldach
MD	Mansardach
KWD	Krüppelwalmdach
E	Einzelhaus

Festsetzungen

I. Bauplanungsrechtliche Festsetzungen
(§ 9 BauGB und §§ 1-23 BauNVO)

1. Art der baulichen Nutzung
(§§ 2-11 BauNVO, § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Festgesetzt wird ein „Allgemeines Wohngebiet WA" (nach § 4 BauNVO)

1.1.
Es gelten die Eintragungen in der Nutzungsschablone des Planes

1.2.
In dem WA (Wohngebiet) sind mit Nutzungen nach § 4 Abs. 1und Abs.2 BauNVO zulässig. Ausgeschlossen werden Nutzungen nach § 4 Abs. 3 BauNVO.

2. Maß der baulichen Nutzung
(§§ 16 - 21 BauNVO), § 9 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 6 BauGB)

2.1.
Es gelten die Eintragungen in der Nutzungsschablone des Planes.

3. Überbaubare Grundstücksfläche
(§§ 23 BauNVO), § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

3.1.
Es gelten die Eintragungen in der Nutzungsschablone des Planes

3.2.
Ein Vortreten von Erkern, Windgarten, Balkonen und Vorsätzkern und von Gebäudeüberhöhten ist bis maximal 1,50 m Tiefe von der Baugrenze zulässig ist. Die Einzelfänge derartiger Bauteile darf 10 der jeweiligen Baukörperlänge nicht überschreiten.

4. Bauweise
(§ 22 BauNVO), § 9 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BauGB)

Garagen sind gemäß § 6, Abs. 11, Satz 1 SächsBO, innerhalb der Abstandsflächen sowie ohne eigene Abstandsfläche (Baufenster 1-18) und in den Baufenstern 19-25 zur Innerhalb der Baugrenze zulässig. Gleiches gilt für Garagen sind mindestens 5 m hinter der dem Baugrundstück zugewandte Straßenbegrenzungslinie zurückzusetzen.

5. Höhenlage der baulichen Anlagen und Wandhöhe
(§ 9, Abs 2 BauGB, § 18 BauNVO)

Die Höhenlage der Gebäude ist der Höhenlage der öffentlichen Straße anzupeilenden. Bezugspunkt für die max. Wandhöhe ist die vorhandene Höhe der dem Baugrundstück zugewandten Straßenbegrenzungslinie.

Die Wandhöhe bis Dachkonstruktion an der Traufseite der Außenwand, bezogen auf die Wandmitte, darf höchstens 6,75 m. (Baufenster 9-18) und höchstens 4,75 m (Baufenster 1-8 und 19-25) betragen.

6. Verkehrsflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr 11 BauGB)

Es gelten die Eintragungen im Plan

7. Grünordnung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15, 20 und 25 BauGB)

7.1
Pro 200 m² unbebauter Grundstücksfläche ist ein Laubbaum bzw. sind zwei Sträucher zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Anrechnungsfähig sind dabei nur Sorten, die der Pflanzliste (Pkt. 18. Hinweise) bzw. den vom SMFA Chemnitz empfohlenen Sorten entsprechen.

7.2
Die Stellplätze für Abfallbehälter sind mit einem dichten Grüngürtel zu umhauen.

7.3
Die Ausgleichsmaßnahmen für den Eingriff in Natur und Landschaft sind im Planteil A II auf der Fläche zur Entwicklung von Natur und Landschaft durchführen.
Als Ausgleichsmaßnahme für den Eingriff in Natur und Landschaft erfolgt eine anteilige Renaturierung des "Großen Teiches" im Berger- Park.

7.4
Die Ausgleichsmaßnahmen für den Eingriff in Natur und Landschaft mit der Planänderung 01/2003 sind im Planteil A II auf der Fläche zur Entwicklung von Natur und Landschaft durchführen. Als Ausgleichsmaßnahme ist die Renaturierung (Bauryffanzungen) des ssg. Hermeteiches im Bergpark (Flur Nr. 318 Gaßberg und Nr. 811 Lichtenstein) durchzuführen.

7.5
Fensterlose Fassadenflächen > 12 m² sind zu begrünen.

7.6. Grünflächen

Die Öffentlichen Grünflächen sind als Wildkräuterwiese anzulegen (außer Spielplatzland mit Stauden und Bäumen zu bepflanzen (Pflanzliste nach Punkt 8.6).
Alle im öffentlichen Bereich gesamten Arten können auch privat gepflanzt werden. Außerdem sollten vor allem heimische Obstbäume und Hecken, gepflanzt werden.

7.7. Pflanzlisten und Stellplätze
Pflastersteine, Wohnwege und Stellflächen sind mit versickerungsfähigem Material zu gestalten (z.B. Pflaster, Rasengittersteine, wassergebundene Decke).
Nebenfahrbahnen für unbergrünbare Bauteile sind zulässig.

Gehölze für Fassadenbegrünung:

Parthenocissus quinquifolia	Wilder Wein, Jungfernrebe
Parthenocissus tricusp. "Veitchii"	Jungfernrebe
Clematis vitalba	Gemeine Waldrebe
Clematis spec.	Waldrebe in Arten und Sorten
Hedera helix	Efeu in Arten und Sorten
Rosa spec.	Heckenrosen in Arten und Sorten

Gehölze für Rechenpflanzungen:

Carpinus betulus*	Feldahorn
Carpinus betulus*	Weiß- oder Hainbuche
Corylus spec.	Haselnuß in Arten und Sorten
Crataegus spec.	Weißdorn in Arten und Sorten
Ligustrum spec.*	Liguster in Arten und Sorten
Philadelphus spec.	Pfeifenstrauch in Arten und Sorten
Prunus cerasifera*	Kirschpflaume
Syringa spec.	Flieder in Arten und Sorten
Weigela spec.	Weigelien in Arten und Sorten

* Bevorzugt für geschnittene hecken geeignet!

Ergänzende Sortenvorschläge bestimmt die vom SMFA veröffentlichte Artenliste. Sie kann in der Stadtverwaltung Lichtenstein eingesehen werden.

II. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen
(§ 83 SächsBO i.V.m. § 9 Abs. 4 BauGB)

1. Gestaltung der Gebäude
1.1. Dächer
1.1.1.
Es gelten die Eintragungen des Planes und der Nutzungsschablone (SD - Satteldach, KWD - Krüppelwalmdach, MD - Mansardach)

1.1.2.
Nebenvorsprünge für untergeordnete Bauteile sind zulässig.
1.1.3.
Dachüberstände sind bis 0,50 m umsaufend möglich.

1.1.4.
Dachgauben und Zwerchgiebel sind zulässig.

1.1.5.
Dachaufschnitte sind nicht zulässig.

1.1.6.
Die Farben der Dachdeckung sind Schwarz bis Anthrazit

1.2. Fassadengestaltung

1.2.1.
Holzverkleidungen der Fassade sind für das Dachgeschoß und das letzte Obergeschoß zulässig.

1.2.2.
Die Fassaden sind in heller Farbgebung nach „RAL" Nr.: 1000, 1001, 1002, 1013, 1014, 1015, 1017, 7000, 7001, 7004, 7005, 7032, 7035, 7038, 9001, 9002, 9018 zu gestalten.

2. Einfriedungen
Als Einfriedungen sind Lattenzäune (senkrechte Lattung) bis 1,2 m Höhe zulässig. Begrünung der Zäune ist zulässig. Einfriedungen sind 0,5 m hinter der Straßenbegrenzungslinie zu setzen.

III. Hinweise

1.
Sämtliche im Baugebiet bauenden Gebäude sind so herzustellen zu schützen (§ 252 BauGB).
Bei Bodenarbeiten sind die Mutterböden und Unterböden getrennt voneinander auf Mieten bis zur Wiederverwendung abzusetzen und sollte wieder eingebaut werden. Nicht wieder benötigte Mutterboden ist zur Weiterverwendung zur Verfügung zu stellen. Die Einhaltung der geltenden Bauvorschriften ist nach § 5 KWK (AbfG und SächsAbfG sicherzustellen.

2.
Wird im Rahmen von Bodenbewegungen der Verdacht auf Bodenkontaminierung festgestellt, so ist unverzüglich das Landratsamt mittels Anzeige zu verständigen. Obwohl kein Verdacht auf bergbaubedingen Umgang bekannt ist, sind aufmerksame Umweltgeräte sofort den Bergamt Chemnitz mitzuteilen.

3.
Die im Plan dargestellten geodätischen Festpunkte(Lage- und Höhenpunkte) sind grundsätzlich während der Baumaßnahmen nicht zu verändern oder zu beseitigen. Die Grenzpunkte sind vor der Baumaßnahme aufzunehmen zu lassen.

4.
Im Bereich der Flurstücke 1245, 124/3/2, 124/3/3, 124/3/4 sowie 124/6/2 und 124/3/3 befinden sich zwei private Elektrokabel, deren genaue Lage nicht ermittelt werden konnte. Diese Leitungen sind zu beachten.

5. Abwasserentsorgung
5.1
Das auf den Grundstücken anfallende Oberflächenwasser muss in einer Zisterne von mind. 5 m3 je Parzelle gesammelt werden. Der Überlauf der Zisterne kann am Mischwasserkanal Schöne Aussicht angeschlossen werden (gilt nur für Baufenster 19-25).

5.2
Der Anschluss der Parzelle 1245/1 an die Abwasseranlagen erfolgt über das Flurstück 124/3/6 und 124/3/1 (Spielplatz)".

RECHTSGRUNDLAGEN
Diese Bauleitplanung ist auf der Basis nachfolgend beschriebener Rechtsgrundlagen geändert und im Verfahren durchgeführt:

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141).

Baunutzungsverordnung (BauNVO) Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466).

Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) als Verordnung über die Darstellung des Planinhalts vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I 1991 S. 58).

Gesetz zur Vereinfachung des Baurechts im Freistaat Sachsen - Artikel 1 Sächsische Bauordnung (SächsBO) vom 18. März 1999 (SächsGVBl. I 85)

4. Planänderung:

Die Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes gelten für die 4. Änderung mit folgenden Ergänzungen analog:

Bauplanungsrechtliche Festsetzungen:

1. Art der baulichen Nutzung

1.3 4. Planänderung: Garagen und/oder Carports gem. § 12 BauNVO sind auch außerhalb der Baugrenzen zulässig. Garagen und Carports müssen mindestens 6 m von der jeweils zugewandten Straßenkante entfernt sein.

7.6 Ergänzung 4. Planänderung
Eine Unterteilung der straßenbegleitenden Grünflächen für eine Grundstückszufahrt ist das Baufeld 26 bis zu ein Breite ist zulässig.

7.8. Ergänzung 4. Planänderung: Das Niederschlagswasser der nicht mit hochbaulichen Anlagen bzw. Anlagen nach 7.7 überbauten Grundstücksflächen (z.B. Wegen und Terrassen und Nebenanlagen) ist auf dem jeweiligen Grundstück breitflächig zu versickern. Für die Regenrückhaltung bzw. Regenwasserspeicherung des auf den Grundstück anfallenden Niederschlagswassers wird eine Zisterne mit mindestens 5 m³ Stauvolumen für das Baufenster 26 festgesetzt. Der Überlauf erfolgt in den Mischwasserkanal "Schöne Aussicht".

- Hinweise:

Die Hinweise unter III "Hinweise" gelten für die 4. Planänderung analog; Der Hinweis 5.1 wird durch die neue Festsetzung 7.8 für die 4. Planänderung, und nur für das Baufeld 26, ersetzt.

1. Für außerhalb der Baugrenze notwendige Garagen und Carports gem. § 12 BauNVO gilt der Mindestwabstand nach § 2 Sächsisches Waldgesetz (SächsWaldG) von 30 m.

Verfahrensvermerke 4. Planänderung:

4. Änderung des Satzungsbeschlusses der Stadt Lichtenstein/Sa. über den Bebauungsplan Lichtenstein/Sa., Sonnenberg, auf der Grundlage von § 13 b Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung, Wohnungsbau

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. S. 1728) geändert worden ist, sowie nach § 89 der Sächsische Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Mai 2016 (SächsGVBl. S. 186), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 706) geändert worden ist, wird nach Beschlussfassung durch den Stadtrat vom ..... und mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde folgende Satzung der Stadt Lichtenstein/Sa. **über den Bebauungsplan Lichtenstein/Sa., Sonnenberg**, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen:

Teil A - Planzeichnung
Maßstab 1: 500
Planzeichenerklärung
Planzeichen ohne Normcharakter und sonstige Planzeichen

Teil B - Text
Textliche Festsetzungen
Hinweise

Verfahrensvermerke:

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses vom 9.12.2019 Anwendung des Verfahrens nach § 13b Baugesetzbuch (Bebauungsplane der Innenentwicklung, beschleunigtes Verfahren ohne Umweltprüfung) entsprechend den Vorschriften des § 13 Baugesetzbuch.

Lichtenstein/Sa., den ..... (Siegeldruck) Der Bürgermeister

2. Der Stadtrat hat am ..... den Entwurf des Bebauungsplanes sowie die Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB auf der Grundlage von § 4a Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom ..... zur Stellungnahme ausgefordert worden.

Lichtenstein/Sa., den ..... (Siegeldruck) Der Bürgermeister

3. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie der Begründung haben in der Zeit vom ..... bis zum ..... während der Dienststunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am ..... im Amtsblatt ortsüblich bekannt gemacht sowie im Internet am ..... veröffentlicht worden.

Lichtenstein/Sa., den ..... (Siegeldruck) Der Bürgermeister

4. Die Bezeichnung und graphische Darstellung der Flurstücke im Geltungsbereich betreffs Ihrer Übereinstimmung mit den Bestandsdaten des Liegenschaftskatasters vom ..... wird für den Bebauungsplan mit Stand vom ..... bestätigt. Die Lagegenauigkeit der zeichnerischen Darstellung wurde nicht geprüft.

Glauchau, den ..... (Siegeldruck) Landratsamt,
Amt für ländliche Entwicklung und Vermessung (untere Vermessungsbehörde)

5. Der Stadtrat hat die vorgebrachten Anregungen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am ..... geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Lichtenstein/Sa., den ..... (Siegeldruck) Der Bürgermeister

6. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am ..... vom Stadtrat als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluss des Stadtrates vom ..... gebilligt.

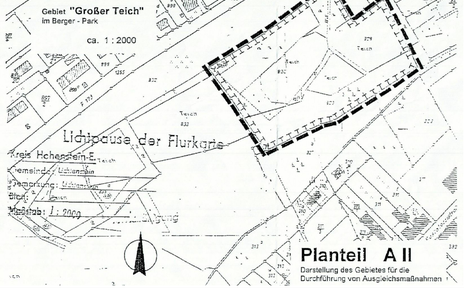
Lichtenstein/Sa., den ..... (Siegeldruck) Der Bürgermeister

7. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.

Lichtenstein/Sa., den ..... (Siegeldruck) Der Bürgermeister

8. Bekanntmachung des Inkrafttretens der Satzung gemäß § 10 (3) BauGB am .....

Lichtenstein/Sa., den ..... (Siegeldruck) Der Bürgermeister



Planteil A II
Darstellung des Gebietes für die Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2939) geändert worden ist

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist

Planzeichenverordnung (PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist

Sächsische Bauordnung (SächsBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Mai 2016 (SächsGVBl. S. 186), die zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517) geändert worden ist

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2020) geändert worden ist

Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1699) geändert worden ist

Strahlenschutzgesetz (StrlSchG) vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1966), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Mai 2021 (BGBl. I S. 1194) geändert worden ist, und Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) vom 20. November 2018 (BGBl. I S. 2034, 2036), die zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Mai 2021 (BGBl. I S. 1194) geändert worden ist

Sächsisches Naturschutzgesetz (SächsNatSchG) vom 6. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 451), das zuletzt durch das Gesetz vom 9. Februar 2021 (SächsGVBl. S. 243) geändert worden ist

Waldgesetz (SächsWaldG) für den Freistaat Sachsen vom 10. April 1992 (SächsGVBl. S. 137), das zuletzt durch Artikel 21 des Gesetzes vom 11. Mai 2019 (SächsGVBl. S. 358) geändert worden ist

Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsKrWBodSchG) vom 22. February 2019 (SächsGVBl. S. 187)

Sächsisches Vermessungs- und Katastergesetz (SächsVermKatG) vom 29. Januar 2008 (SächsGVBl. S. 138, 148), das zuletzt durch Artikel 15 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517) geändert worden ist

Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zuverlässigkeitsprüfung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz - GeoDG) vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1387)

Sächsisches Wassergesetz (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Juli 2016 (SächsGVBl. S. 397)

Satzung des Landkreises Zwickau über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen im Landkreis Zwickau
(Abfallwirtschaftssatzung 2019 – AWS 2019) vom 27. September 2018

Die Bezeichnung und graphische Darstellung der Flurstücke bezüglich ihrer Übereinstimmung mit dem Liegenschaftskataster wird mit Stand vom 22.02.2021 bestätigt. Die Lagegenauigkeit der zeichnerischen Darstellung wird nicht bestätigt.

Datum: 22.02.2021

Staatliches Vermessungsamt Zwickau

Verfahrensvermerke Planänderung 01/2003

1. Der Stadtrat hat am 30.01. 2003 (Beschluß Nr. 01/01/2003) den Entwurf der Planänderung 01/2003 beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
Datum: 16. Feb. 2005

2. Der Entwurf der Planänderung 01/2003 hat in der Zeit vom 31.03.2003 bis einschließlich 02.05.2003 öffentlich ausgelegen.
Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken, Hinweise und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 17.03.2003 ortsüblich öffentlich bekannt gemacht worden.
Datum: 16. Feb. 2005

3. Die von der Planänderung 01/2003 berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 17.03.2003 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.
Datum: 16. Feb. 2005

4. Der Stadtrat hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürgerschaft sowie deren Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 26.03.2003 und 13.09.2003 abgewogen. (Beschluss-Nr. 10/06/2003).
Datum: 16. Feb. 2005

5. Der Entwurf der Planänderung 01/2003 bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und der Textfassungen (Teil B), wurden am 26. 03. 2003 vom Stadtrat als Satzung beschlossen (Beschluss-Nr. 01/01/2003) Die Begründung zum Entwurf der Planänderung 01/2003 wurde mit Beschluss gebilligt.
Datum: 16. Feb. 2005

6. Die Genehmigung der Planänderung 01/2003 von der höheren Verwaltungsbehörde des Landkreises Zwickau, am 07.04.2004 unter Maßgabe und Auflagen und Hinweisen erteilt. (AZ: 31/2/2114-2-32/1-1/94)
Datum: 16. Feb. 2005

7. Die Maßgaben, Auflagen und Hinweise wurden durch Beschlussfassung der Satzung Bebauungsplan „Sonnenberg" Planänderung 01/2003 in der Ausfertigungsfassung des Stadtrates der Stadt Lichtenstein am 03.11.2004, Beschluss-Nr. 08/12/2004 erfüllt.
Datum: 6. Feb. 2005

8. Die Erfüllung der Maßgaben, Auflagen und Hinweise wurde von der höheren Verwaltungsbehörde des Regierungspräsidium Chemnitz, mit Schreiben vom 28.12.2004 bestätigt.
Datum: 27. April 2005

9. Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textfassungen (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.
Datum: 27. April 2005

10. Die Erteilung der Genehmigung der Planänderung 01/2003, wurde im Sächs. Amtsblatt Nr. 17 am 27. April 2004 bei gleichzeitiger Bekanntmachung der Auflagen und über den Inhalt Amtsblatt ortsüblich bekannt gemacht, und ist zusammen mit Stadtrat als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan ist an der Gemeindetafel der Verwaltung, am Marktplatz, zur Einsicht bereitgehalten und von Jedermann eingesehen werden kann. Mit Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrensvorschriften und Fehlern im Abwägungsvorgang sowie der Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen nach §§ 44a, 245a Abs. 1 Nr. 9 Baugesetzbuch hingewiesen worden.
Die Satzung ist am 27. April 2004 in Kraft getreten.
Datum: 27. April 2005

11. Die Planänderung 01/2003 ist am 20.04.2005 in Kraft getreten.
Datum: 27. April 2005

Planteil A III
Gebiet Ausgleichsmaßnahmen für Planänderung 01/2003

Planungsstand: 4. Änderung
Flurstückgrenzen digitalisiert von Architektur Concept aus www.geoportal-sachsen.de
Oktober 2020

Verfahrensvermerke (03/1998)

Planänderung nach § 13 BauGB

1. Verlegung des öffentlichen Spielplatzes vom Grundstück Flurstück-Nr. 124/5/M auf das Grundstück Flurstück-Nr. 124/2/1.
2. Das Grundstück Flurstück-Nr. 124/5/M wird als private Grünfläche umgewidmet sowie als Fläche für Nebenanlagen ausgewiesen.

Die von der Änderung betroffenen Grundstückseigentümer sind mit Schreiben vom 30.03.1998 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Der geänderte Bebauungsplan wurde vom Stadtrat der Stadt Lichtenstein am 07.05.1998, (Beschluss-Nr. 03/05/98) beschlossen.

Der geänderte Bebauungsplan wurde am 18.05.1998 (Lichtensteiner Anzeiger Nr. 10 /1998) öffentlich bekannt gemacht.

i.S. BG: 02
Datum:

Bürgermeister
Stadtverwaltung Lichtenstein
Wolfgang Sedmer
Bürgermeister

VERFAHRENSVERMERKE

1. Die Aufstellung wurde von der Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss vom 14.05.1994 beschlossen.
Datum: 21. MRZ. 02 Stadtverwaltung Lichtenstein Wolfgang Sedmer Bürgermeister
2. Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle wurde gem. § 4a Abs. 1 Satz 2 Nr. 7 BauGB im Planungsanzeiger und Amtsblatt vom 10.06.1993 beteiligt worden.
Datum: 21. MRZ. 02 Stadtverwaltung Lichtenstein Wolfgang Sedmer Bürgermeister
3. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist erfolgt.
Datum: 21. MRZ. 02 Stadtverwaltung Lichtenstein Wolfgang Sedmer Bürgermeister
4. Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 07.03.1994 und nach Planänderung und Ergänzung vom 05.01.1995 zur Abgabe von Stellungnahmen aufgefordert.
Datum: 21. MRZ. 02 Stadtverwaltung Lichtenstein Wolfgang Sedmer Bürgermeister
5. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 24.02.1994 den Entwurf der Planänderung des Bebauungsplanes bestehend aus Planzeichnung und Textfassungen beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
Nach Planänderung wurde der geänderte Entwurf am 15.05.1995 beschlossen und erneut zur Auslegung bestimmt.
Datum: 21. MRZ. 02 Stadtverwaltung Lichtenstein Wolfgang Sedmer Bürgermeister
6. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus Planzeichnung (Teil A) und Textfassungen (Teil B), sowie der Begründung haben in der Zeit vom 06.06.1994 bis einschließlich 06.07.1994 und nach Planänderung vom 06.07.1995 bis 10.08.1995 nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentlichen Auslegung wird mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 27.05.1994 und nach Planänderung ortsüblich öffentlich bekanntgemacht worden.
Datum: 21. MRZ. 02 Stadtverwaltung Lichtenstein Wolfgang Sedmer Bürgermeister
7. Mit Schreiben des Staatlichen Vermessungsamtes vom 29.07.1994 ist die Übereinstimmung der Darstellung der Flurstücksgrenzen mit dem Flurstückskataster mit der Flurkarte bestätigt.
ZB v. Ok
8. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 03.07.1996 und 13.09.1996 geprüft.
Datum: 21. MRZ. 02 Stadtverwaltung Lichtenstein Wolfgang Sedmer Bürgermeister
9. Der Bebauungsplan bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und Textfassungen (Teil B), wurden am 09.06.1994 und am 22.03.1996 von der Stadtverordnetenversammlung von Stadtrat als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß der Stadtverordnetenversammlung und des Stadtrates vom 22.03.1996 und 22.03.1996 gebilligt.
Datum: 21. MRZ. 02 Stadtverwaltung Lichtenstein Wolfgang Sedmer Bürgermeister
10. Die Genehmigung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und Textfassungen (Teil B) ist mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom 05.02.1997 Az.: 570/11-2-1 mit Auflagen erteilt.
Datum: 21. MRZ. 02 Stadtverwaltung Lichtenstein Wolfgang Sedmer Bürgermeister
11. Der Bebauungsplan